

Quartiersbezogene Förderleistungen aus dem Innovationstopf bei der Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen¹

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

	Angaben
Name des Antragstellers (Institution oder Person)	
Anschrift	
Telefon	
E-Mail	
Ansprechperson	
Funktion der Ansprechperson	

1. Projektname

2. Ort des Projektes

	Wo wird das Projekt realisiert?
Stadtteil/e	
Postleitzahl/en	

3. Kurzbeschreibung der Maßnahme/ des Projekts

¹ Maßgeblich ist die Förderrichtlinie für die Vergabe der Mittel zur Förderung von Maßnahmen und Projekten von Quartierbezogenen Förderleistungen aus dem Innovationstopf bei der Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen vom 02.10.2020:
https://www.rathaus.bremen.de/sixcms/media.php/13/Innovationstopf_Amtsblatt_Nr_0189.pdf (Amtsblatt 2020 Nr. 189, S. 991)

4. Ziele des Projektes: Welche Ziele (Veränderungen, Erfolge) werden mit dem Projekt angestrebt?

--

5. Finanzierungsplan

5.1. Gesamtsumme des Vorhabens

Bitte geben Sie alle Kosten an, und führen diese einzeln auf. Sofern möglich, sind für die jeweiligen Ausgabepositionen bis zu drei Vergleichsangebote beizufügen, die geplanten Ausgaben sind dabei zeitnah zu ermitteln. Die Ermittlung der Gesamtsumme des Vorhabens kann auch gesondert erfolgen.	Betrag in € (bitte nach Möglichkeit centgenau)
SUMME DER AUSGABEN FÜR DAS VORHABEN IN €	

5.2. Einnahmen

Bitte geben Sie alle Einnahmen an und führen diese einzeln auf. Es sind alle Einnahmen einzeln anzugeben, die dem Projekt zufließen.	Betrag in €
Eigenmittel	
Spenden	
Unterstützung durch andere Mittel...	Betrag in €
SUMME DER EINNAHMEN IN €	

ANTRAGSSUMME IN €	
--------------------------	--

5.3. Ehrenamtliches Engagement / Eigenleistungen (ohne finanziellen Aufwand)

Bitte beschreiben Sie, in welchem Umfang ehrenamtliches Engagement/ Eigenleistungen in die Projektarbeit einfließt.

--

6. Vereinssatzung und Registerauszug (nur für eingetragene Vereine)

Nachweise (Aus der Vereinssatzung und dem Vereinsregisterauszug muss erkennbar sein, wer in welcher Funktion berechtigt ist, den Verein nach außen zu vertreten.)	Ja	Nein
Ein Auszug aus dem Vereinsregister/ Satzung liegt diesem Antrag bei.		
Ein Auszug aus dem Vereinsregister/ Satzung liegt diesem Antrag nicht bei (eine Begründung ist erforderlich).		
Begründung		

7. Projektdauer

	Voraussichtliches Beginn- und Enddatum Wichtiger Hinweis: Bitte beachten Sie hierzu Nr. 8. Maßnahmenbeginn
Beginn	
Ende	

8. Maßnahmenbeginn**Wichtiger Hinweis!**

Gemäß Landeshaushaltsordnung (LHO) dürfen Zuwendungen zur Projektförderung grundsätzlich nur für Maßnahmen bewilligt werden, die noch nicht begonnen wurden.

Falls ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn notwendig ist, kann dieser im Einzelfall mit einer kurzen Begründung beantragt werden. In diesem Fall kann ein Vorbescheid ergehen, der den vorzeitigen Maßnahmenbeginn zulässt.

Mir ist bekannt, dass ein Beginn der Maßnahme - dazu zählt bereits der Abschluss eines der Ausführung zugrundeliegenden Lieferungs- und Leistungsvertrages (z. B. Bestellung, Kaufvertrag, Honorarvertrag) - **ohne vorherige Bewilligung bzw. schriftliche Zustimmung der Bewilligungsbehörde den Förderausschluss** zur Folge hat. Hiermit erkläre ich, dass mit der geplanten Maßnahme noch nicht begonnen wurde.

Beantragung vorzeitiger Maßnahmenbeginn	Ja	Nein
Ich beantrage den vorzeitigen Maßnahmenbeginn für die geplante Maßnahme		
Begründung (unbedingt erforderlich)		

9. Folgeausgaben

Hinweis: Folgekosten können nicht übernommen werden.

	Ja	Nein
Ich versichere, dass durch das Projekt keine Folgekosten entstehen.		

10. Andere Förderprogramme

Hinweis: einschlägige Förderprogramme sind vorrangig zu beantragen!

	Ja	Nein
Ich versichere, dass keine anderen Förderprogramme für meinen Antrag in Frage kommen oder		
mein Antrag bereits abgelehnt wurde (Angabe zur Förderstelle siehe unten).		
Die beantragten/bewilligten Fördermittel decken nicht den Finanzbedarf.		
Förderstellen, die diese Fördermaßnahme bereits abgelehnt haben (bitte Nachweise einreichen, falls vorhanden)		

Ich versichere, dass:

- die ordnungsgemäße Geschäftsführung gesichert ist;
- die Finanzierung aus eigenen Mitteln nicht sichergestellt werden kann; ohne die Förderung kann das Projekt nicht durchgeführt werden;
- für dieses Projekt keine unzulässige Mehrfinanzierung vorliegt;
- das zu fördernde Projekt keine Aktivitäten umfasst, die zu einem Projekt gehören, bei denen ein zugewiesener Zuschuss gemäß dem Subventionszweck verwendet worden ist.
- mir bekannt ist, dass der Missbrauch von Subventionen strafrechtliche Folgen gemäß § 264 Strafgesetzbuch (StGB) und ein Betrug nach § 263 StGB nach sich ziehen kann.;
- ich die Anforderungen zur Einhaltung des Mindestlohns erfülle;

dass der Zweck der Zuwendung nicht durch eine Bürgschaft oder ein Darlehen erreicht werden kann.

Vorsteuerabzug

Zum Vorsteuerabzug...	Ja	Nein
... sind wir/ bin ich berechtigt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
... sind wir/ bin ich nicht berechtigt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die vorstehenden Angaben sind subventionserheblich i.S.v. § 264 StGB. Sofern sich zu einem späteren Zeitpunkt (z.B. nach einer steuerlichen Betriebsprüfung) herausstellen sollte, dass entgegen der Angabe in dieser Erklärung eine Berechtigung zum Vorsteuerabzug gegeben ist, werde ich dies gem. § 3 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz – SubvG) der für die Erteilung des Zuwendungsbescheids zuständigen Behörde unverzüglich mitteilen.

Ich bin in der Lage:

- das beantragte Projekt administrativ und finanziell durchzuführen und die Produkte zu liefern bzw. die Dienstleistungen zu erbringen;
- gesondert über alle Finanzvorgänge des Projekts separat Buch zu führen, oder für dieses einen eigenen Buchführungscode zu verwenden.

11. Datenschutz

Erklärung zur Erhebung personenbezogener Daten

Mir ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten zur Ermittlung und Überprüfung der Höhe der Zuwendung und der Einhaltung des Besserstellungsverbots erforderlich ist – vgl. Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe e und Absatz 3 Satz 1 Buchstabe b Datenschutzgrundverordnung – DSGVO – in Verbindung mit § 3 Bremisches Ausführungsgesetz zur EU-Datenschutzgrundverordnung – BremDSGVOAG.

Einwilligungserklärung

Ich willige gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 Buchstabe b DSGVO ein, dass die sich aus dem Antragsformular und der Förderung ergebenden personenbezogenen Daten durch die Senatskanzlei auch für die Abwicklung der Förderung verarbeitet und an eventuell fachlich zuständige senatorische Behörden weitergeleitet werden dürfen.

Die Einwilligungserklärung ist freiwillig. Mein Einverständnis kann ich verweigern beziehungsweise jederzeit mit Wirkung für die Zukunft gegenüber der Senatskanzlei widerrufen. Der Widerruf ist zu richten an: Senatskanzlei, Referat 13, Am Markt 21, 28195 Bremen. Wird diese Einwilligung nicht erklärt, oder im Nachgang widerrufen, führt dies dazu, dass keine Leistung gewährt werden kann oder eine bereits bewilligte Leistung zurückgefordert wird.

Verantwortliche Stelle ist die Senatskanzlei, Am Markt 21, 28195 Bremen, Tel.: +49 421 361-6132, E-Mail: office@sk.bremen.de.

Den Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter Datenschutzbeauftragter, Senatskanzlei Bremen, Am Markt 21, 28195 Bremen, Tel. +49 421 361-10166 oder datenschutz@sk.bremen.de. Sie haben zudem ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde. Unter office@datenschutz.bremen.de erreichen Sie die Landesbeauftragte für Datenschutz der Freien Hansestadt Bremen.

Erklärung zur Veröffentlichung von Zuwendungsdaten

Mir ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben Daten der Zuwendung nach § 2 Datenschutzordnung der Bremischen Bürgerschaft veröffentlicht werden können, und dass Zuwendungsdaten aufgrund § 11 Absatz 4 Ziffer 5 des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes – BremIFG – im Transparenzportal veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zuwendungszwecks nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Vorlagen des Haushalts- und Finanzausschusses sowie Bürgerchaftsdrucksachen werden auch im Internet veröffentlicht.

Ich bin damit einverstanden, dass

- die Angaben im und zum Antrag zu statistischen Zwecken gespeichert werden können.
- die Einhaltung der Verpflichtungen sowie die Angaben des Antrages auch an Ort und Stelle überprüft werden können.
- meine/unsere Daten (Bezeichnung des Projekts, Name des Antragstellenden) in einer Übersicht der geförderten Projekte veröffentlicht werden.

Ich versichere, dass ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und dass sie richtig und vollständig sind:

Ort	Datum	Rechtsverbindliche Unterschrift

(Vereins) Stempel

Anlagen	Liegt bei
Kopie von Personalausweis oder Reisepass	
Vergleichsangebote zum Finanzierungsplan (s. 5.1)	

Raum für sonstige Anmerkungen / Ergänzungen

Einreichen des Antrags

- Bitte wandeln Sie den ausgefüllten Antrag entweder in eine PDF-Datei ohne editierbare Formularfelder um (= „drucken“ in neues PDF),
- oder drucken Sie die Dokumente auf Papier aus und scannen den Ausdruck in ein neues PDF.
- Prüfen Sie, ob alle erforderlichen Anlagen dem Antrag beigelegt sind.

Bitte schicken Sie die Unterlagen an office@sk.bremen.de.

Falls Sie es vorziehen, den Antrag in Papierform einzureichen, senden Sie diesen bitte an: Senatskanzlei, Am Markt 21, 28195 Bremen.